
INFOPERU69

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 69 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Weltwärts geht heimwärts \(Dr. Norma Driever\)](#)
3. [Wie kann ich von hier aus helfen ?“ \(Dania Farfán\)](#)
4. [Das Leben in einem Dorf am Amazonas in der Coronakrise \(Rember Yahuarcani\)](#)
5. [Exodus aus der Hauptstadt \(Ojo Público\)](#)
6. [„Eine Prüfung des Lebens, weil wir die Natur nicht achten“ \(CAAAP\)](#)
7. [COICA warnt vor Bedrohung und ruft Notstand aus](#)
8. [Spendenaufufe](#)

1. Editorial InfoPeru No 69

Liebe Leserin, lieber Leser,

Peru geht es in dieser Corona-Krise immer schlechter. Und das, obwohl die Regierung unter Martin Vizcarra frühzeitig und geschlossen gehandelt, transparent kommuniziert und keine schwerwiegenden Fehler begangen hat. Seit 39 Tagen ist Peru im „Lockdown“. Dennoch gehört Peru mit 572 an Covid19 Verstorbenen (Stand: 23.04.2020) zu den Ländern mit der höchsten Todesrate in Südamerika. Mit immer noch steigender Tendenz. Der Gipfel der Pandemie ist noch nicht erreicht. Woran also liegt es, wenn eine Regierung das Menschenmögliche tut, und die Pandemie dennoch nicht eindämmen kann ?

Der Zeichner „Heduardo“ ist einer der treffendsten Karikaturisten Perus. Vor drei Tagen hat er mit einer Karikatur in La Republica wieder mal den Nagel auf den Kopf getroffen: „So viele Jahre ist unser Wirtschaftswachstum spitze, und so viele Jahre liegt unser Gesundheitssystem am Boden“ – “ Unser Gesundheitssystem ist ein Bettler, der auf einem goldenen Bruttoinlandsprodukt sitzt“ (in Anspielung an das in Peru geflügelte Wort, dass Peru ein Bettler sei, der auf einer goldenen Truhe sässe).



Die Coronakrise zeigt gerade dramatisch, wie nackt Peru in einer solchen Krise dasteht. Trotz seines tollen Wirtschaftswachstums und aller Leitartikel, die vom südamerikanischen Tigerland Peru schwärmen, treten die Schwächen Perus geradezu brutal in den Vordergrund:

1. Ein defizitäres Gesundheitssystem

Niemand in Peru hat jemals gedacht, dass das Gesundheitssystem gut sei. Aber wie schlecht es wirklich darum bestellt ist, zeigt die Coronakrise in all seiner Schärfe. Das Gesundheitssystem in Peru ist fragmentiert, unterfinanziert und absolut ungenügend. Für 32 Millionen Peruaner*innen gibt es – inzwischen, d.h. nach vier Wochen des nationalen Notstandes und des Ausbaus der Intensivabteilungen – etwas mehr als 600 Intensivbetten. Im ganzen Land, und die Privatkliniken mitgezählt. Die Dreiteilung des Systems in Gesundheitsministerium (Spitäler und Gesundheitsposten, die aus dem Staatssäckel bezahlt werden) – Essalud (untersteht dem Arbeitsministerium, hier sind alle fest angestellten Arbeitnehmer versichert, also rund 30%, und

wird mit Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber finanziert) – und schliesslich die verschiedensten Privatkliniken, vor allem für Mittel- und Oberschicht. Das System ist bereits jetzt an seine Grenzen gelangt. Fotos von Müllsäcken mit Leichen im Hinterhof von -Spitälern, und Patient*innen auf Gängen liegend, machen die Runde.

2. Ungenügende Dezentralisierung und eine schwerfällige Administration

Wer in Peru ernstlich erkrankt, sagen wir an Krebs, oder einen schweren Unfall hat, geht in der Regel zur Behandlung nach Lima, auch wenn es in seiner Heimatstadt ebenfalls ein Krankenhaus hat. Die wenigen staatlichen Mittel für das Gesundheitssystem fließen in der Hauptstadt. Deswegen findet das Coronavirus vor allem auch ausserhalb Limas seine Opfer. Das nördliche Departament Lambayeque hat ca 1/9 der Bewohner von Lima, aber fast halb so viele Covid19-Todesfälle als die Hauptstadt. Bis jetzt sind, nach Lima und Callao, die nördlichen Küstendepartamente Tumbes, Piura, Lambayeque und Libertad am meisten betroffen.

3. Mangelnde Disziplin oder notwendiges Überlebensrisiko ?

Die Menschen, die in diesen Tagen an Covid19 sterben, haben sich angesteckt, als bereits eine strenge Ausgangssperre galt. Es ist müssig, sich zu fragen, ob die Menschen das Ausgangsverbot nicht einhalten wollten oder konnten. Tatsache ist, dass wohl gerade die in Peru so beliebten offenen Märkte zu Ansteckungsorten wurden. Viele Menschen konnten auch nicht zu Hause bleiben, weil sie schlicht Geld verdienen mussten. Für viele Peruaner*innen hat sich die Coronakrise inzwischen zur Wahl zwischen Pest und Cholera gewendet: sterbe ich an Covid19 oder daran, dass ich nichts mehr zu essen habe ?

Die peruanische Regierung hat wenig Optionen. Sie kann nicht binnen weniger Wochen die jahrzehntelangen Defizite des Gesundheitssystems kompensieren. Im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt der Staat die peruanische Bevölkerung – am 23. April kündigte Präsident Vizcarra eine generelle Zahlung an alle Haushalte an, die in dieser Zeit ohne festes Einkommen sind. Ernüchternd ist, dass sich niemand um die 850 000 venezolanischen Migrant*innen in Peru kümmert, die jetzt grösstenteils ohne Arbeit und Einkommen sind und keinerlei staatliche Leistungen erhalten, allenfalls Lebensmittelspenden von NGOs oder Kirchen

Zugleich blieb der Regierung angesichts steigender Corona-Fälle nichts anderes übrig, als die Ausgangssperre um zwei Wochen bis zum 10. Mai zu verlängern. In dieser Zeit soll der Gipfelpunkt der Krise erreicht werden.

Es ist zu hoffen, dass die Einsicht, dass ein gestiegenes Bruttoinlandsprodukt alleine keine Entwicklung bringt, auch nach der Pandemie anhalten wird. Immerhin, so Präsident Vizcarra in der heutigen Pressekonferenz, wird die Coronakrise den öffentlichen Verkehr in Lima positiv umkrepeln. Nach dem Lockdown sollen alle Strassen eine Fahrradspur erhalten.

Hildegard Willer

2. Weltwärts geht heimwärts

Die Coronavirus-19-Pandemie und ihre Auswirkung auf das weltwärts-Programm in Peru.

Am 6. März 2020 bestätigte das Gesundheitsministerium Perus den ersten Infizierten mit Covid-19 in Lima. Es handelte sich um einen 25jährigen Mann, der von einer Europareise nach Lima zurückkam. Bis zu diesem Zeitpunkt lief seit zwölf Jahren erfolgreich und störungsfrei das weltwärts-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im August 2019 kamen 276 Deutsche nach Peru (BMZ-Liste 2020) um einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst zu machen. Das weltwärts-Programm als Lernprogramm arbeitet mit dem Ziel beteiligte Organisationen in Peru und in Deutschland in ihrer Arbeit zu stärken sowie Solidaritätsnetze und Partnerschaften zu knüpfen und zu unterstützen.

Während der steigenden Fälle von Covid-19 Infizierten in Europa (Italien, Spanien, Deutschland), China und Südamerika (Brasilien, Chile und Ecuador) ergriff Peru rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr der Corona-Pandemie. Am 11. März hatte Peru 21 Infizierte und die peruanische Regierung setzte die ersten Maßnahmen zu Bekämpfung von Covid-19 in Kraft: Der gesundheitliche Notstand wurde erklärt, die Suspendierung des Unterrichts in den öffentlichen und privaten Schulen, in den Universitäten bis Ende März sowie ein Verbot sämtlicher Veranstaltungen von mehr als 300 Leuten. Mit diesen Maßnahmen wurden auch Freiwillige, die in Schulen und Umwelt-, sozialen und Bildungseinrichtungen arbeiteten, von heute auf morgen arbeitslos, aber immer mit der Hoffnung wieder mit der Arbeit zu beginnen. Jeden Tag setzte die Regierung neue Verordnungen in Kraft, und am 13. März wurden sämtliche Inlandsflüge sowie alle Auslandsflüge von und nach Europa und Asien verboten.

Bei den Entsendeorganisationen in Deutschland begann in dieser Woche die Sorge um eine mögliche Verschärfung der Maßnahmen in Peru. Diese Maßnahmen wurden unter den Mitarbeiter*innen kontrovers diskutiert. Einige favorisierten die sofortige Rückkehr der Freiwilligen nach Deutschland, andere lehnten diese Möglichkeit ab, weil es ihrer Meinung nach zu früh wäre jetzt solch eine Entscheidung zu treffen, und plädierten fürs Warten auf die Empfehlungen vom BMZ. Für die Eltern und Trägerorganisationen war klar, dass eine schnelle Verbreitung der Pandemie auch die Freiwilligen treffen könnte. Das Gesundheitssystem Perus ist seit Jahren sowohl finanziell als auch personell unterversorgt und die Gefahr, dass mit dieser Seuche das System kollabiert, wurde als sehr wahrscheinlich eingeschätzt.

Parallel ließen sich die lateinamerikanischen Regierenden in einer gemeinsamen Video-Konferenz mit dem Chef der Weltgesundheitsorganisation Tedros Adhanom Ghebreyesus beraten. Durch den Austausch unter den südamerikanischen Regierenden gewann die Position jetzt starke Maßnahmen durchzusetzen, um die Verbreitung der Covid-19-Pandemie einzudämmen, immer mehr Anhänger*innen.

Am 15. März gab es 87 Infizierte in Peru. Präsident Martin Vizcarra erklärt gemäß Dekret Nr. 044-2020-PCM den nationalen Ausnahmezustand und die Schließung der Landesgrenzen ab 16. März für 15 Tage. Flüge aus und nach Europa und Asien wurden für 30 Tage ausgesetzt. Der peruanische Staat hat damit eine obligatorische soziale Isolierung verhängt, allerdings dafür gesorgt, dass die Versorgung mit Lebensmittel und Medikamenten gesichert bleibt, d. h. Banken, Supermärkte und Apotheken blieben geöffnet.

Im diesem Rahmen kam am 16. März die offizielle Mitteilung vom BMZ an die

Trägerorganisationen, dass alle deutschen Freiwilligen weltweit und damit auch aus Peru zurückgeholt werden. Nach Meinung verschiedener Beteiligten kam diese Entscheidung vom BMZ spät, was unter anderem von zahlreichen Gesprächen und Informationen, die dieser Anordnung vorweg gingen, abhing. In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass der Informationsfluss über die Kommunikationskette hin zu den Trägerorganisationen auf sich warten ließ.

Da die Zahl der Infizierten in Peru inzwischen auf 136 Fällen angewachsen war, verhängte der peruanische Präsident am 17. März eine Ausgangssperre von 20 Uhr bis 5 Uhr und landesweit ein Verbot mit privaten Fahrzeugen auf der Straße zu fahren. Für Notfälle standen allerdings öffentliche Verkehrsmittel oder Taxis zur Verfügung.

Unmittelbar danach wurde das Rückholprogramm der Bundesregierung weltweit aktiviert und in Peru über das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Lima umgesetzt. Bis zu diesem Augenblick befanden sich in Peru ca. 4000 deutsche Tourist*innen und Freiwillige. Das Auswärtige Amt begann sofort mit den Verhandlungen mit der peruanischen Regierung. Der Botschafter, Stefan Herzberg, sendete täglich sogenannte „Landsleutebriefe“ an die deutschen Tourist*innen in Peru, die in ihren Hotels saßen und über das ganze Land verteilt waren, sowie an die Freiwilligen, die ebenfalls auf gepackten Koffern saßen und warteten.

Als das erste Flugzeug der Lufthansa am 23. März von Lima nach Frankfurt starten sollte, kündigte der Präsident Vizcarra tags zuvor die Schließung der Flughäfen an, womit faktisch alle Auslands- und Inlandsflüge hinfällig wurden. Trotz der Schließung gingen die intensiven Verhandlungen zwischen den peruanischen Behörden und den EU-Vertreter*innen weiter, damit Sonderflüge für die Rückholaktion deutscher Staatsbürger*innen über den Militärflughafen der Grupo 8 in Lima stattfinden konnte.

Am 26. und 27. März konnten die ersten Flüge der Lufthansa nach Deutschland fliegen, allerdings nur mit Tourist*innen und Freiwilligen aus dem Großraum Lima.

In der Zeit vom 17. März bis zum 6. April waren die Mitarbeiter*innen des Auswärtigen Amts und der Deutschen Botschaft in Lima pausenlos mit dieser Rückholaktion beschäftigt. Währenddessen waren die Mitarbeiter*innen der Trägerorganisationen und die Peru-Mentor*innen ständig aktiv um

den sicheren Transport ihrer Freiwilligen zu den Sammelpunkten in den drei Regionen Perus zu organisieren. Teilweise musste die Evakuierung über die Städte Cusco, Trujillo, Piura und Tarapoto mit LATAM über Santiago de Chile nach Deutschland erfolgen, um den Flughafen von Lima zu entlasten.

Nach Meinung unterschiedlicher Beteiligter in Deutschland und nach Berichten einiger Medien zeigte sich die peruanische Regierung für die Rückholaktion wenig kooperativ. Die ganze Rückholaktion dauerte nach Ansicht der deutschen Behörden vergleichsweise lange; dies lag vor allem daran, dass sich die peruanischen Behörden bei der operativen Umsetzung sehr viel Zeit ließen. Für peruanische Verhältnisse ist dies aber völlig normal – so etwas passiert in ganz Peru auch bei normalen Behördengängen. Außerdem war die peruanische Regierung durch die strengen Maßnahmen verpflichtet ihr Land vor der Verbreitung und Ansteckungsgefahr durch das Coronavirus zu schützen. Nach einer Umfrage vom 22. März unterstützen 95% der Peruaner*innen die Regierungsmaßnahmen wie die Ausgangssperre.

Die Auswirkung der Pandemie brachte am Anfang für die Freiwilligen in Peru Isolation und bei der Rückkehr emotionale Trennung von ihren Projektorten, von ihren Arbeitskolleg*innen, Vorgesetzten und Freund*innen, von denen sie sich nicht wie üblich verabschieden konnten. Geplante Projekte für das nächste Halbjahr des Freiwilligendienstes wurden gestoppt. Viele Aktivitäten, Aktionen, Kampagnen, die für die Zielgruppe im Projekt organisiert wurden, werden nun nicht mehr stattfinden. Ihr Freiwilligendienst wurde abgebrochen und nicht abgeschlossen. Einige Freiwillige betrachteten die schwierige Rückkehr als ungewollt, für die anderen war es einfach eine Pflicht, der Anordnung zu folgen. Gleichzeitig erlebten sie, dass in ihren Städten Polizei und Militär patrouillierten und sie als deutsche Staatsbürger*innen privilegiert waren, da sie über das Rückholprogramm des Auswärtigen Amtes nach Deutschland fliegen und Peru verlassen konnten .

Während Präsident Vizcarra am 27. März gemäß Dekret Nr. 051-2020-PCM die Verlängerung der Ausnahmezustands bis zum 12. April erklärte, warteten die Freiwilligen in den drei Regionen Perus auf die nächsten Rückholflüge nach dem Motto „Sicherheit vor Schnelligkeit“. Bis dahin gab es nach Informationen des Gesundheitsministeriums bereits 950 Infizierte und 24 Tote in Peru.

Die Andenstadt Cusco war aufgrund der sehr hohen Konzentration von Tourist*innen aller Art, vom Backpacker bis zur Pauschalreisenden, besonders gefährdet, vor allem nachdem ein paar infizierte Tourist*innen in ihrem Hostel in Quarantäne bleiben mussten. Teilweise veränderte sich die Stimmung im Land und wuchs die Angst bei einigen peruanischen Bürger*innen vor der Ansteckungsgefahr mit Covid-19. Über die sozialen Medien verbreiteten sich Falschaussagen mit Fotos von Ausländer*innen, die Geldautomaten beim Geld abheben infiziert haben sollen. Auch falsche Namenslisten von Infizierten und mit Europäer*innen, „Gringos“, kursierten. Von rassistischen Übergriffen war die Rede, in einigen Geschäften wurden Tourist*innen nicht mehr eingelassen.

Backpacker durften nicht mehr in Busse einsteigen. Nach Aussage von Adaluz, unserer Mentorin, baten Busfahrgäste in Cusco aus dem Busfenster heraus, an die Tourist*innen gerichtet, nicht in den Bus einzusteigen. „Wir sind arm und leben ohne Unterstützung des Staates und haben kein Geld uns nach einer Ansteckung behandeln zu lassen. Ihr seid Touristen, ihr habt Geld, ihr könnt euch ein Taxi leisten“.



Weltwärts-Heimkehrer bei der Ankunft in Frankfurt. Foto: Parvin Wellmann

Offensichtlich verursacht die Pandemie große Angst vor Fremden, jeder „ausländische“ Mensch wird verdächtigt in Bezug auf eine potenzielle Ansteckungsgefahr, den wenigen Freiraum möchte man nicht mit Fremden teilen müssen.

Die Partnerorganisationen und die Gastfamilien in Peru zeigten eine sehr verständnisvolle Einstellung zur Rückkehr der Freiwilligen und waren bis zum Verlassen ihrer Einsatzorte stets telefonisch erreichbar und voller Hilfsbereitschaft. In der Zusammenarbeit mit den Mentor*innen, die eine wichtige Funktion während des Freiwilligendienstes leisten, versuchten sie den Abschied so wenig schmerzhaft wie möglich zu gestalten.

Die meisten Freiwilligen kehrten mit gemischten Gefühlen nach Deutschland zurück. Einerseits freuten sie sich ihre Familie und Freund*innen in Deutschland wieder zu sehen und auf der anderen Seite machten sie sich Gedanken über die Ausgangsbeschränkungen in Deutschland, eben nicht die Möglichkeit zu haben anderen Menschen zu begegnen um so ihre Erfahrung verarbeiten zu können.

Nach Angaben der Deutschen Botschaft wurden bis zum 3. April knapp 2.400 Deutsche aus Peru ausgeflogen. Kurz danach, am 8. April, erklärte Präsident Martin Vizcarra gemäß Dekret Nr. 064-2020-PCM die zweite Verlängerung des Ausnahmezustands und damit auch die Ausgangssperre bis zum 26. April.

Die Koordinierungsstelle weltwärts von Engagement Global schrieb in ihrer Danksagungs-E-Mail vom 9. Aprilsinngemäß „die Rückreise von über 3100 Nord-Süd Freiwilligen zu organisieren ist damit weitestgehend abgeschlossen. Inzwischen sind fast alle Nord-Süd-Freiwilligen sicher nach Deutschland zurückgekehrt. Für einzelne wenige Freiwillige steht die Rückreise in den nächsten Tagen noch bevor.“ Davon sind 276 Freiwillige aus Peru zurückgekehrt.

Am 16. April, dem Tag, an dem dieser Artikel geschrieben wurde, gab es nach Angabe des Gesundheitsministeriums in Peru 11.475 Infizierte und 254 Tote durch Covid-19. Der letzte Rückholflug wurde am 19. April mit Lufthansa von Lima nach Frankfurt durchgeführt, nachdem das peruanische Außenministerium am 10. April alle ausländischen Botschaften in Lima aufgefordert hat, sämtliche Rückholflüge bis zum 22. April abzuschließen (siehe „Landsleutebrief“ von 11.04.)

Das Krisenmanagement des Auswärtigen Amtes hat in Peru und auch weltweit bestanden. Die Auswirkungen der Coronakrise auf das weltwärts-Programm haben alle Akteur*innen sehr betroffen.

Es bleibt die große Aufgabe aller Staaten der Welt die Pandemie und den unsichtbaren Feind zu bekämpfen. Dann können die nächsten Freiwilligen wieder weltwärts gehen.

Dr. Norma Driever, ISP-Vorstandsmitglied und Koordinatorin für Peru-weltwärts im Welthaus Bielefeld

3. „Wie kann ich von hier aus helfen ?“

Deutsche weltwärts-Freiwillige wurden aus Peru nach Deutschland zurückgeholt. Peruanische weltwärts-Freiwillige dagegen erleben die Corona-Krise in Freiburg, weit weg von ihren Familien.

Für internationale Freiwilligendienstprogramme ist aktuell eine sehr bewegte Zeit. Es wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die sich auf die persönliche und berufliche Entwicklung vieler Menschen auswirken. Die deutschen Entsendeorganisationen wurden von den staatlichen Förderprogrammen aufgefordert, die Freiwilligen aus dem Ausland zurück in die Bundesrepublik zu holen. Die weltwärts-Freiwilligen aus dem Globalen Süden[1], die sich zur Zeit in Deutschland befinden, können ihren Freiwilligendienst (FWD) beenden und in ihre Heimatländer zurückkehren. Ihre Aufnahmeorganisationen sollten sie bei der Rückkehr, wenn gewünscht, unterstützen.

Wie viele Süd-Nord-Freiwillige haben dieses Angebot angenommen und sind in ihre Länder zurückgekehrt? Es ist noch nicht bekannt. Aber sicher ist, dass die aktuellen zehn peruanischen Freiwilligen des VAMOS!-Programm in er Erzdiözese Freiburg nicht zurückkehren wollen.

Sie berichten, wie sie die aktuelle Situation erleben.

Plötzlich änderte sich der Alltag der Freiwilligen.

„Ich habe ganz gewiss nicht vermutet, dass mich in meinem Jahr hier in Deutschland etwas Derartiges erwartet und ich habe mir Sorgen darübergemacht, dass sie uns vielleicht zurückschicken würden, denn das möchte ich nicht. Ich muss auch zugeben, dass ich den egoistischen Gedanken hatte, dass man mir meine Osterferien ruiniert, weil ich nirgends hinkann. Aber ich weiß, dass es das Beste ist, nicht nur für mich, sondern für alle, dass wir so wenig wie möglich aus dem Haus gehen, um Kontakte zu vermeiden. So hoffen wir das Beste und ich wünsche auch allen Menschen in Risikogebieten das Beste. Behalten wir die Entwicklung im Auge und hoffen darauf, dass bald alles vorbeigeht.“ Camila, sie macht ihren Dienst im Kindergarten St. Peter und Paul in Lahr und sie hat frei bis der KiGa wieder öffnet.

„So wie in anderen Ländern, hat auch Deutschland das Virus erreicht und damit änderten sich vielen Dinge. Angefangen mit Vorsichtsmaßnahmen, über Quarantäneverordnungen, bis hin zu Verunsicherungen, Zweifel, Angst und vielen Fragen – wirklich vielen Fragen. Was heißt das für unseren Freiwilligendienst? Wie lange wird alles dauern? Wird man uns bitten, zurück nach Peru zu gehen? Was wäre, wenn wir uns anstecken würden? Oder wenn jemand aus unserer Familie in Peru erkranken würde? Wie würde es uns emotional gehen? Ich glaube, das sind einige der Fragen, die sich auch Menschen in anderen Ländern wohl gestellt haben.“ Jamileth, trotz der aktuellen Situation kann sie im Kindergarten St. Erentrudis in Munzingen weiter basteln und zuhause bereitet sie eine Präsentation über Peru und ihre Heimatstadt Huari vor.

„Als ich gerade glaubte, einen Alltag gefunden zu haben, der bis zu meiner Rückkehr nach Peru nur noch schwer zu verändern wäre, trat ein beispielloses und unvorstellbares Ereignis ein: Das Coronavirus löste eine weltweite Epidemie aus. Von einem auf den anderen Tag wurden die Grenzen geschlossen, das war sehr beeindruckend für mich. Da ich in einer Grenzstadt lebe, konnte ich eines Tages die Straße nicht mehr überqueren, um in dem Park zu joggen, in dem ich es gewohnt war.“ Soledad, sie arbeitet im Kinderhaus Heilige Dreifaltigkeit in Konstanz und geht noch jeden Tag zur Arbeit, weil Kinder von Ärzt*innen und Pflegekräften Betreuung brauchen.

„Bis jetzt reagiert die Bevölkerung vorwiegend ruhig, manche treffen mehr Vorkehrungen als andere. Teil der Bevölkerung, vor allem Jugendliche nehmen es noch nicht sehr ernst oder scheinen alles eher als Spiel sehen. Ich fand es ärgerlich, große Gruppen auf dem Platz der Alten Synagoge zu sehen, die sich sonnten und Alkohol tranken – obwohl einen Tag zuvor die Kontaktsperrungen verkündet worden waren. Empathie, Privilegien, (soziales) Bewusstsein – alles Themen, die mal wieder wichtig sind.“ Arlim, sie ist tätig im Mehrgenerationenhaus in Weingarten, das hinter verschlossenen Türen weiterarbeitet. Aktuell arbeiten sie daran, wie sie gemeinsam mit anderen Akteur*innen im Stadtteil notwendige Unterstützung für die Bewohner*innen des Stadtteils anbieten können.

„Während einige junge Praktikanten sich freuten, nicht arbeiten zu müssen und laut ihnen nun Partys feiern oder reisen könnten, wusste ich, dass man das nicht können würde. (...) Jetzt arbeite

ich nur an zwei Tagen die Woche für jeweils vier Stunden. Für mich ist das sehr traurig, da ich es vermisse, Zeit mit meinen Kollegen und auch mit den Kindern zu verbringen. Ich sprach immer viel mit ihnen und wir hatten viel Spaß. Aber ich weiß, dass es besser ist, zu Hause zu bleiben.“ Oscar, er arbeitet im Kinder- und Jugendzentrum Weingarten. Er unterstützt gerade beim Aufräumen der Einrichtung und dreht witzige Beschäftigungsvideos mit einem Mitarbeiter des Zentrums für die Homepage für die Kinder.

„In meiner Arbeit am Donnerstag (dem 12. März) haben die Kinder mehr über das Thema geredet. Obwohl ich nicht viel verstanden habe wegen der Sprache, am Tag danach, wie an jedem anderen Tag, habe ich meine Arbeit gemacht und mein Kollege Raul hat uns informiert, dass die Fälle sich verdoppelt hatten und dass der Staat die Entscheidung getroffen hat, alle Veranstaltungen, Treffen und anderes abzusagen. Also haben sie mir gesagt, dass ich ab dem nächsten Dienstag zuhause bleiben müsste wegen der Zunahme der Infizierten. Seitdem bin ich zuhause. Währenddessen helfe ich meiner Gastmutter im kleinen Garten, den wir haben, und habe auch mit meiner Familie in Peru gesprochen, wo es wenigstens allen gut geht.“ Romulo, er macht seinen Dienst im Haus der Begegnung in Landwasser. Sie schließen ihre Türe bis Ende April und deshalb muss Romulo nun mehr Zeit bei der Gastfamilie verbringen.

Was bedeutet es für die Freiwillige, mehr Zeit bei der Gastfamilie zu verbringen? Oder im Wohnheim?

„Jetzt, wo ich viel Zeit zu Hause verbringe, rede ich mit meinen Mitbewohnern, wir kochen oder essen zusammen und spielen viel. Jedoch sind nur ein paar wenige da, da die Mehrheit nach Hause zu ihren Eltern gefahren ist. So ist die WG fast leer, und ich verstehe ihre Entscheidung, das würde ich auch machen, wenn meine Familie in der Nähe wäre. Ich würde auch die Quarantäne mit ihnen verbringen. Aber egal, ich fühle mich gut, es ist sehr lustig, Zeit mit meinen Mitbewohnern hier zu verbringen.“ Oscar

„Für mich persönlich hat die Situation mich näher zu meiner Gastfamilie gebracht hat. Wir haben jetzt viel mehr Zeit uns zu unterhalten, gemeinsam zu spielen und Familienaktivitäten zu machen.“ Jamileth

„Ich muss zugeben, dass ich anfangs meine Gastmama mit all dem sehr übertrieben fand, sie ließ mich weder rausgehen, noch empfing sie Besucher*innen zu Hause, und jeden Tag war es normal, ihren typischen Satz „Hände waschen!“ zu hören. Ich habe versucht, sie zu verstehen und mich an ihre Maßnahmen zur Vorbeugung dieser Krankheit in der Familie anzupassen (obwohl es mir oft ungerecht und sogar übertrieben erschien), aber heute verstehe ich sie vollkommen, sie liebt nur ihre Familie und will sie voll und ganz schützen, und mich auch. Nun habe ich mich an ihre Regeln gewöhnt und genieße jetzt sehr die Zeit, die wir als Familie verbringen, während wir zu Hause bleiben, in der Hoffnung, dass sich diese Situation bald bessert.“ Katia, sie hat im Februar

Einsatzort gewechselt. Sie arbeitet jetzt im Kindergarten Benedikt Kreuz in St. Peter und erwartet bald wieder zur Arbeit gehen zu können:

„Das Einzige, was ich mir jetzt wünsche, ist, dass diese ganze Situation bald endet, ich möchte mein soziales Freiwilligenjahr hier wirklich ganz normal beenden. Ich möchte noch so viel mit den Kindern in meinem Kindergarten, mit meiner Gastfamilie, mit meinen Freunden teilen, ich möchte noch viele Orte kennen lernen, ich habe noch viel zu tun und zu lernen!“



Die Sorge um die Familie in Peru

Dies variiert je nach den Möglichkeiten der einzelnen Familien, je nach ihren sozialen Realitäten. Einige Freiwillige sorgen sich nur um die Gesundheit ihrer Familien, während andere sich um die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Situation Gedanken machen müssen.

„Und ich Sorge mich auch um meine Familie, Freunde und um die generelle Situation in Peru. Das erste was ich morgens nach dem Aufstehen tue, ist beten. Vielleicht hilft das nicht so viel, wie es eine Impfung tun würde, aber wenigstens fühle ich mich dadurch ein wenig besser. Wie kann ich von hier aus helfen? Vieles lässt mich nachdenklich werden in diesen Momenten.“ Jamileth

„Nicht alle meine Geschwister sind angestellt, vor allem die älteren sind selbstständig und sie sind betroffen. Ich und meine Schwester unterstützen sie, damit sie etwas weniger Sorgen haben und

genug zu essen da ist – wir alle schätzen nun noch mehr die Ratschläge meiner Mutter (Nichts vergeuden, immer eine kleine Reserve haben etc. ... und vor allem: Helft euch immer gegenseitig, das ist das Wichtigste!) – und so rücken wir als Familie noch näher zusammen (und ich habe viele Geschwister, falls ich das noch nicht erwähnt haben sollte). Im Moment bin ich recht ruhig, dass wir alles gut hinbekommen.“ Arlim

„Trotz der engen Kommunikation (mit ihrer Familie in Peru), die wir haben, ist es unvermeidlich, sich Sorgen zu machen, nicht so sehr wegen der Krankheit, sondern mehr wegen der Tatsache, dass, wie 70% der Arbeiter in Peru, meine Familienmitglieder informelle Jobs ohne jegliche soziale Absicherung haben.“ Soledad

Die Freiwilligen, Corona und die Welt

„Diese Tage zuhause machen mich jedoch auch nachdenklich, da ich sehe wie die Quarantäne der Welt hilft, wie die Umwelt eine Verschnaufpause bekommt und wie z.B. die Verschmutzung zurückgegangen ist.“ Zeyda, sie arbeitet im Kindertagesstätte Käppele. Bis die KiTa wieder öffnet, hat sie frei.

„Dieser Virus hat eine Sterblichkeitsrate von 4,5%, welche von Egoismus, Gleichgültigkeit und sozialem Unbewusstsein geprägt ist und dadurch die Personen, die einer Risikogruppe angehören noch mehr gefährdet. Diese Situation spiegelt das Übel unserer Gesellschaften wider, das Übel, mit dem wir immer leben, das Übel, welches uns nicht erlaubt, uns als Zivilisation zu verbessern. Wir können deutlich sehen, in welchen Ländern Regierungen Entscheidungen treffen, bei denen die Wirtschaft Vorrang vor Menschenleben hat, welche Länder bereit sind, anderen zu helfen, ohne geopolitische Strategien zu berücksichtigen, wie Gesellschaften auf die Quarantänemaßnahmen ihrer Regierungen reagieren, wie die Medien ihre Aufmerksamkeit auf Themen lenken, die sie für wichtiger halten und die mit Informationen gesättigt sind, um eine kollektive Hysterie zu erzeugen.“ Cristofer, er ist Freiwilliger der Abteilung Jugendpastoral der Erzdiözese Freiburg. Derzeit macht er Homeoffice.

„Aus einem allgemeinen Kontext heraus hat dieser Virus die verwundbarsten Punkte in der sozialen Struktur jedes Landes der Welt aufgedeckt und bei seinen Bewohnenden Unsicherheit hervorgerufen, begleitet von der Hoffnung auf eine Lösung des Problems. Wenn mich jemand fragt, wie ich zu diesem Thema stehe, müsste ich einen Artikel darüber schreiben, was ich denke. Aber ich schließe damit, dass ich die gleiche Hoffnung vieler Menschen teile, die heute auf eine Lösung des Problems hoffen, unabhängig davon, ob sie gläubig sind oder nicht. Ich hoffe auf eine gute Rückkehr zu meiner Familie.“ Arturo, er leistet seinen FWD im Eine Welt Forum Freiburg. Normalerweise ist er beteiligt an Lernworkshops, die sich an verschiedene soziale Gruppen (Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene unterschiedlichen Alters) richten. Derzeit muss er aber von Zuhause aus arbeiten mit wöchentlichen TELKOs mit seinem Team.

„In Peru herrscht zurzeit eine komplette Ausgangssperre. Was geschieht mit Personen, die unter häuslicher Gewalt leiden? Mit alten Menschen in besonders gefährdeten Umfeldern? Mit den Tieren auf der Straße? Mit Tagelöhner*innen, die nun keine Einkommensmöglichkeiten haben? Und viele Fragen mehr... Kein Land war darauf vorbereitet. Und das einzige, was ich von hier aus machen kann, ist Hilfsaktionen von Organisationen, Familien u.v.m. im Internet zu teilen, damit noch mehr Menschen helfen und dadurch vielleicht begreifen, wie wichtig doch die Empathie ist.“
Jamileth

Die weltweite Herausforderung durch das Coronavirus bringt viele soziale Ungleichheiten ans Licht. In den Berichten der Freiwilligen ist zu lesen, dass sie sich nicht nur Sorgen um ihre Freiwilligenarbeit machen oder weil sie nicht reisen können und nicht sicher wissen, was in ihrem FWD noch möglich sein wird, sondern dass sie über soziale Ungleichheiten und die Umwelt nachdenken. Das hat dem VAMOS!-Team in dieser Zeit die Kraft gegeben, die Arbeit mit dem gleichen Enthusiasmus und trotz der Einschränkungen fortzusetzen.

Das VAMOS!-Programm ist eine Kooperation zwischen dem Verein Color Esperanza und der Erzdiözese Freiburg aus Deutschland, Voluntades und Yanapachikun aus Peru und Seprojoventes aus Costa Rica. VAMOS! ermöglicht seit 2009 den FWD für junge Erwachsene aus Peru für ein Jahr in Deutschland. Ab diesem Jahr werden auch drei weitere junge Menschen aus Nicaragua zum Freiwilligendienst einreisen. Der Dienst beginnt normalerweise im September, und die Einsatzstellen sind auf verschiedene Gebiete der Erzdiözese Freiburg verteilt. Für den Jahrgang 20/21 wird dies wahrscheinlich anders. Ein späterer Anfang des FWDs ist zu erwarten. Ab wann genau, kann gerade noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Dania Farfan (Bildungsreferentin VAMOS!-Programm)

Die Berichte sind Abschnitte des zweiten Rundbriefes der Freiwillige. Wenn Sie die vollständigen Briefe lesen möchten, finden Sie sie unter folgendem Link:

https://fif.kja-freiburg.de/html/jhg_2019_20202482.html

*Haben Sie Interesse an weitere Informationen über das Programm VAMOS! und wie Sie einen Beitrag dazu leisten können? Sind Sie daran interessiert, Einsatzstelle für den Jahrgang 21/22 zu werden? Kennen Sie Leute, die Unterkunft für eine*n Freiwillige*n in Lahr, Freiburg und Konstanz und/oder in der Umgebung anbieten könnten? Sie studieren Deutsch als Fremdsprache und möchten Ihre pädagogischen Fähigkeiten in die Praxis umsetzen? (in Lahr, Konstanz oder Freiburg, von September bis Dezember)? Schreiben Sie uns an vamos@kja-freiburg.de oder besuchen Sie https://fif.kja-freiburg.de/html/sued_nord_vamos.html*

4. Das Leben in einem Dorf am Amazonas in der Coronakrise

Der Maler Rember Yahuarcani erlebt die Ausgangssperre in seinem Geburtsort: im Distrikt Pebas in der Region Loreto, wo das staatliche Überbrückungsgeld für Betroffene der Coronakrise nicht ausbezahlt werden kann, weil es dort kein Geld gibt.

Ein Mann trägt einen Baumstamm auf seiner Schulter. Ein Fischer rudert schnurstracks nach Hause. Ein paar Mädchen beobachten ängstlich aus ihren Fenstern die Militärs. Etwa 30 Frauen stehen Schlange vor einem Mitarbeiter der Nationalbank. Eine Frau sucht den Gesundheitsposten auf, weil sie am Denguefieber erkrankt ist. Niemand empfängt sie zur Behandlung. Unsicherheit und Besorgnis haben das Dorf überfallen wie ein sintflutartiger Regen, von dem niemand weiß, wann er endet. Mit erschöpften Gesichtern hören viele Menschen aus dem Lautsprecher den neuesten Bericht über die Zahl der Covid-19-Infizierten in Iquitos. Grabesstille liegt über dem kleinen, einst geschäftig lärmenden Hafen und Marktplatz. Die Preise für Reis, Zucker und Öl sind gestiegen, ein Ei kostet einen Sol (27 Eurocent), Fisch gibt es kaum. Das Unbehagen steht den Menschen im Gesicht.

Einige sind erst letzte Nacht aus Iquitos gekommen, sie sind in irgendeinem Boot geflohen oder haben sich zwischen den Produkten auf dem Motorboot versteckt, das nur Lasten transportieren darf. Das Volk befürchtet das Schlimmste: eine Ansteckung.

Zwei Bankmitarbeiter ohne Geld

Pebas ist einer der vier Distrikte der Provinz Ramón Castilla. In seinem Gebiet liegen 60 Gemeinden. Er liegt an der Mündung des Flusses Ampiyacú in den Amazonas und hat laut der Volkszählung von 2017 12.694 Einwohner*innen. Im Distrikt gibt es zwei Bankmitarbeiter, denen die Geldmittel fehlen. Viele Menschen haben die Berechtigung auf das staatliche Überbrückungsgeld von 380 Soles (100 Euro), die Warteschlangen sind lang. Sie beginnen um sechs Uhr morgens und ziehen sich bis um neun Uhr hin. Ob die Wartenden Geld bekommen, hängt vor allem davon ab, ob am Vortag Geld bei den Bankmitarbeitern angekommen ist. Wenn nicht, wird nicht ausgezahlt.

Seit vielen Jahren fordern die Gemeinden die Eröffnung einer Filiale der Nationalbank. Das würde ihnen Geld und die weite Fahrt von 13 bis 18 Stunden in die Provinzhauptstadt oder nach Iquitos ersparen. Während ich diesen Bericht schreibe, sagen mir viele Menschen, die Ankündigungen des Präsidenten seien nutzlos, wenn es keinen Ort gibt, wo sie die 380 Soles abholen können.



Der Markt von Pebas, Loreto, in Zeiten von Covid19. Foto: Rember Yahuarcani

Krankhafte Strukturen

Pebas verfügt auch über ein Gesundheitszentrum und zwölf Gesundheitsposten. Die Ausstattung ist nicht optimal, es fehlt an Personal und modernen medizinischen Geräten. Aus irgendeinem Grund, den niemand erklären kann, stellt der Arzt am Ende immer ein Rezept für Paracetamol oder Ibuprofen aus. Sollte Covid-19 hier ankommen, wäre das eine nie dagewesene Katastrophe. Elektrischen Strom gibt es von sechs bis elf Uhr abends. Der verkündete Unterricht per Fernsehen, Radio oder Internet ist also unmöglich.

Pebas ist auch das Eingangstor zu den indigenen Gemeinden der Uitoto, Bora, Ocaina und Yagua, die an den Ufern der Flüsse Ampiyacú und Yaguasyacú liegen. Die Yagua leben dort seit Hunderten von Jahren. Die jüngere Geschichte der Uitoto, Bora und Ocaina ist eng mit dem dunklen Kapitel des Kautschukbooms verbunden. Und wenn wir von Krankheiten sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass diese drei Völker zu Beginn des letzten Jahrhunderts von den Masern vernichtet wurden.

Covid-19 trifft die indigene Welt zum schlechtesten Augenblick: extreme Armut, Blutarmut, Hepatitis B und C, Diabetes, Malaria, Denguefieber, Ölunfälle, Morde an sozialen Anführer*innen und eine historische Vernachlässigung durch den Staat sind nur einige der krankhaften Entwicklungen, die die Indigenen belasten.

Die indigenen Gemeinden haben angesichts der Pandemie ihre eigenen Maßnahmen ergriffen. Sie haben ihre Grenzen geschlossen und bewachen ihre Flüsse. Das hat dazu geführt, dass die Versorgung mit dem Notwendigsten zusammengebrochen ist: Medizin, Lebensmittel und der Handel mit lokalen Produkten. Die Intervention des Staates ist in dieser Situation entscheidend für

das Überleben der Gemeinden, deren Flüsse und Flächen verseucht sind; wo es keine Fische zum Fischen, keine Lebensmittel zum Ernten und keine Tiere zum Jagen mehr gibt; wo das Überbrückungsgeld von 380 Soles nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren und wo den Gesundheitszentren die medizinische Grundausstattung fehlt. Dringend nötig ist auch eine strenge Überwachung der Schiffe und fremden Personen, die in die indigenen Gebiete kommen.

Was es braucht ist eine wirkliche Annäherung des Staates an die Indigenen.

Rember Yahuarcani

Übersetzung: Annette Brox

Original:

<https://elcomercio.pe/eldominical/sin-dinero-ni-salud-quien-protege-a-la-poblacion-indigena-durante-la-cuarentena-iquitos-selva-poblacion-vulnerable-loreto-bono-banco-de-la-nacion-coronavirus-covid-19-noticia>

5. Exodus aus der Hauptstadt

Peruanische Familien kämpfen um die Rückkehr nach Hause.

Ein junger Mann ist beim Versuch in seine Heimat zurückzukehren im Fluss Pampas ertrunken. Einen Monat nach Beginn der Ausbreitung des Coronavirus in Peru werden an der Carretera Central (Hauptverkehrsstraße) improvisierte Zelte aufgestellt, um Familien mit ihren Kindern zu isolieren, die die Anden zu Fuß überqueren wollten. In weiteren Städten warten tausende Menschen darauf, in ihre Heimatregionen und indigenen Gemeinden zurückkehren zu können.

Am 16. April starb der 25jährige Maykol Pariona Carbajal. Er ertrank im Pampas, dem Grenzfluss zwischen den Regionen Apurímac und Ayacucho. Von Ica (an der Südküste Perus) war er zu Fuß gelaufen und hatte versucht, den Fluss zu durchschwimmen, um in seinen Heimatort im Distrikt Chocharcas (Region Apurímac) zurückzukehren. Seinem Reisegefährten gelang die Durchquerung des Flusses, er wurde zum Kommissariat der Provinz Chincheros gebracht, wo er berichtete, dass die beiden sich in den Höhen von Ayacucho auf dem Weg nach Apurímac kennengelernt hatten. Beide wollten in ihre Heimatorte zurück.

Einen Monat nach Erklärung des Ausnahmezustands mit Ausgangssperre und dem Aussetzen eines Großteils der wirtschaftlichen Aktivitäten, versuchen Hunderte von Menschen an ihre Herkunftsorte zurückzukehren, vertrieben durch die humanitäre und soziale Krise im Zuge der Ausbreitung des Covid-19-Virus. Seit die Flüge und überregionalen Busverbindungen gestrichen wurden, machten sich etwa 500 Familien mit Kindern aus Lima zu Fuß in ihre Herkunftsregionen auf (Junín, Huancavelica, Ayacucho und Apurímac). Jetzt stecken sie in Isolation fest, in

improvisierten Zelten an der Carretera Central und im städtischen Stadion von Matucana in der Provinz Huarochirí. Dort wurden sie festgehalten, als sie versuchten die Anden zu Fuß zu durchqueren.

Diese Woche informierte die Umweltministerin Fabiola Muñoz, dass mehr als 47 Personen, die in den Zelten untergebracht sind, positiv auf Covid-19 getestet wurden.

In anderen Städten ist die Situation dieselbe. Weitere Hunderte von Familien warten in verschiedenen Städten auf Flüge oder Busse in ihre Heimatregionen und indigenen Gemeinden. Ungefähr hundert Awajún und Wampis warten in Lima und Trujillo auf Transportmittel, die sie zurück in ihre Gemeinden im Amazonasgebiet bringen.



Foto: Andina.

So ist die Situation in den einzelnen Regionen:

Lima: Dutzende Menschen aus Piura sind in der Hauptstadt gestrandet und warten, in ihre Heimatstadt im Norden des Landes zurückkehren zu können. Die Regionalregierung von Piura hat mehr als 500 Personen registriert, die am 16. April zurückfahren sollten. Im letzten Moment wurde die Fahrt gestrichen.

San Martín: Die regionale indigene Vereinigung Awajun del Alto Mayo bat die Regionalregierung um einen humanitären Flug für 63 Angehörige des Volkes der Awajún, die in Lima gestrandet sind.

La Libertad: In Trujillo sitzt eine Gruppe von 37 indigenen Awajún und Wampis, Studierenden und Arbeiter*innen fest. Sie fordern Unterstützung, um in ihre Heimatorte zurückzukehren, bevor sich die Pandemie weiter ausbreitet.

Huánuco: Die Regionalregierung hat erklärt, dass ihre Kapazitäten erschöpft seien. 7000 Menschen in Lima warteten auf Rückkehrhilfe.

Áncash: In Chimbote gibt es Bürger*innen der Provinz Pomabamba in der Region Cajamarca, die auf ihre Rückkehr in die Heimat warten.

Quelle:

<https://ojo-publico.com/1764/crisis-humanitaria-de-la-pandemia-familias-luchan-por-volver-casa>

Übersetzung: Annette Brox

6. „Eine Prüfung des Lebens, weil wir die Natur nicht achten“

Die Coronakrise aus indigener Perspektive, im Gespräch mit Richard Rubio, Vizepräsident von AIDSESEP.

Richard Rubio gehört zum Volk der Kichwa und ist Vizepräsident des indigenen Dachverbandes AIDSESEP. Seine Führungsrolle übt er derzeit mit Computer und Handy aus: Er verfasst und verbreitet Informationen, Briefe und Erklärungen, immer in Abstimmung mit den indigenen Gemeinden und ihren Verantwortlichen. Er hält Videokonferenzen mit Vertreter*innen staatlicher Behörden, mit Fachkräften, die im Amazonasgebiet arbeiten. Alles mit dem einen, klaren Ziel: zu verhindern, dass Covid-19 irreparable Schäden in den indigenen Gemeinden im Regenwald anrichtet.

AIDSESEP hat eine klare Botschaft in der Krise: „Der Staat hat keinen Plan für die indigenen Völker im Amazonasgebiet.“ Das sei immer wieder klar geworden, wenn der Präsident und seine Minister*innen zur Situation des Regenwaldes und seiner Bewohner*innen befragt wurden. „Sie haben keine ermutigenden Antworten, sie weichen den Fragen aus. Wir wissen, dass der Staat seine Defizite hat. Deshalb wollen wir dabei helfen, konkrete Pläne zu erarbeiten. Wir kennen das staatliche und Verwaltungshandeln. Deshalb müssen wir andere Formen finden, um Maßnahmen in dieser Krisensituation zu beschleunigen, denn die Krise entwickelt sich zu schnell, gerade in der Region Loreto.“ Rubio gesteht ein, dass es um eine geteilte Verantwortung geht: „Es gibt eine halbe Schuld, denn die Bereitschaft und die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen zählt.“

Im Interview mit Beatriz García Blasco von der Nichtregierungsorganisation CAAAP beschreibt Rubio die Situation im Amazonasgebiet.



Foto: CAAAP

Sind den Menschen in den indigenen Gemeinden die Situation und ihr Ausmaß bewusst?

Denjenigen, die Zugang zu Radios haben, ja. Sie wissen Bescheid und beachten ganz überwiegend die Ausgangssperre. Schwierig ist es in den Gebieten, in die es keine Verbindung über Radio oder Mobiltelefon gibt. Für sie suchen wir nach anderen Mitteln, etwa Informationsblätter. Leider verschanzt sich der Staat hinter der weiten Entfernung zu den Gemeinden und schenkt ihnen zu wenig Aufmerksamkeit, obwohl sich das Virus schon sehr in ihre Nähe ausgebreitet hat.

Und wie gelingt es, für diese abgelegenen Gemeinden interkulturelle Strategien anzugehen? Hat das Motto #QuédateEnCasa (#BleibZuhause) in diesen Gebieten überhaupt Sinn, wo sich das Leben die meiste Zeit draußen abspielt?

Obwohl es schwierig ist im Haus zu bleiben, weil die Familien sehr groß und die Häuser dafür wenig geeignet sind, halten sich die Gemeinden an die Bestimmungen. Wofür wir vor allem sorgen müssen, ist der Selbstschutz: keinen fremden Personen den Eintritt in das eigene Haus und in die Gemeinden zu erlauben. Und die große Sorge aller ist die Unzulänglichkeit des Gesundheitssystems in unseren Gebieten. Es gibt weder Medikamente noch eine ausreichende Ausstattung. Da kommt wieder die Schwierigkeit auf uns zurück, dass die Menschen Angst haben, wenn Fremde aus Lima oder Iquitos kommen, die infiziert sein könnten. Denn die meisten wurden nicht getestet.

Die Gesundheit ist sicher eine große Sorge, aufgrund der Defizite im Gesundheitssystem in den ländlichen und abgelegenen Gebieten. Aber wie sieht es mit der Lebensmittelversorgung aus?

Als peruanische Staatsbürger*innen haben wir alle das Recht auf Ernährung. Um das zu gewährleisten, braucht es für die indigenen Gemeinden eine jeweils angepasste Unterstützung. Die Realitäten in den indigenen Gemeinden sind sehr unterschiedlich und hängen von verschiedenen Faktoren ab. Jetzt ist nicht der Moment um Diagnosen zu stellen, es ist Zeit zu handeln. Unsere Organisationen können die Informationen liefern, welche Maßnahmen nötig sind. Und sie können Sicherheitsmaßnahmen des Staates für die indigenen Völker logistisch unterstützen.

Zufall oder nicht – Richard Rubio erzählt, dass schon im vergangenen Jahr während eines Kongresses der lokalen indigenen Organisation in seinem Geburtsort, am Río Napo, im März 2019, über eine „zukünftige Krise, die wir jetzt schon kommen spüren“ gesprochen wurde. „Wir wussten nicht, ob es eine tödliche Krise oder eine Hungerkrise würde, aber es gab Vorzeichen: Tiere starben, die Schmetterlinge fielen wegen der unerträglichen Hitze vom Himmel. Das sind Zeichen, die die Bevölkerung aufmerksam werden lassen.“ Rubio erinnert sich, dass auf dem Kongress darüber viel gesprochen und debattiert wurde. Aus indigener Sicht liest sich dieses Ereignis wie ein Ausgangspunkt, der es ermöglicht, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Wie wird Covid-19 aus indigener Perspektive wahrgenommen?

Die Gemeinden sehen die aktuelle Situation als eine Prüfung des Lebens an, die sich uns stellt, weil wir die Natur nicht achten, die Gott uns geschenkt hat, den menschlichen und gemeinschaftlichen Wert und die Würde, die jedem Leben innewohnt. Die Technologie macht, dass uns dies verloren geht. Vielleicht wird sie uns zukünftig in einigen Bereichen das Leben zerstören. Dies ist ein Schlüsselmoment für Reflexion und Innehalten. In den Gemeinden wurde die Fastenzeit sehr intensiv gelebt, wir haben die soziale Isolation respektiert und uns in den Familien zusammengesetzt um zu überlegen, was wir jetzt tun müssen. Es ist Zeit, die Solidarität unter den Menschen wieder zu beleben. Ich glaube, in diese Richtung muss unser Diskurs gehen. Mit dieser Einstellung müssen wir weitermachen, auch wenn die Telefon- und Online-Konferenzen nicht so effizient sind. Aber wir müssen uns dieser Krise entgegenstellen, ohne uns entmutigen zu lassen.

Rubio betont die wichtige Rolle der Kirche. „Die Unterstützung durch die Kirche ist sehr wertvoll. Es ist jetzt nicht die Zeit zu reden und zu diskutieren. Die Kirche hat schon gehandelt. Das ist, was wir wollen: dass gehandelt wird.“

Das – hier leicht gekürzte – Interview ist in spanischer Sprache nachzulesen auf:

<http://www.caaap.org.pe/website/2020/04/18/los-pueblos-indigenas-siempre-vamos-a-aportar-porque-somos-parte-del-peru-richard-rubio-vicepresidente-de-aidesep>

Übersetzung: Annette Brox



Foto: Andreas Baumgart

7. COICA warnt vor Bedrohung und ruft Notstand aus

Der Dachverband der südamerikanischen Amazonas-Indigenen COICA stellt 14 Forderungen auf.

Die 14 Forderungen der Amazonas-Erklärung der COICA im Überblick:

1. Ergreifung wichtiger Schutzmaßnahmen durch die jeweiligen Regierungen; dazu gehören Informations- und Präventionskampagnen in indigenen Sprachen und die Stärkung der öffentlichen Systeme.
2. Die Regierungen der jeweiligen Länder sollen öffentlich ihre Verantwortung gegenüber den indigenen Völkern erklären und anerkennen, dass die indigene Bevölkerung – vor allem ältere und mangelernährte Menschen sowie Personen mit einem schwachen Immunsystem – besonders von der Pandemie betroffen ist. Alle notwendigen, kulturell angemessenen und wirksamen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Gemeinden und Territorien zu schützen, andernfalls muss die internationale Gemeinschaft darauf achten, dass es nicht zu Völkermord kommt.
3. Das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte und die Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker bei den Vereinten Nationen sollen sich zu der historischen Vernachlässigung äußern, unter der die indigenen Völker in Bezug auf die Einbeziehung in öffentliche Gesundheitssystemen gelitten haben.

4. Intervention der UN und anderer Menschenrechtsinstitutionen; Solidarität der internationalen Gemeinschaft und Wachsamkeit gegenüber dem Gesundheitsnotstand der indigenen Gemeinden.
5. Aktivierung der internationalen Zusammenarbeit durch die Organisationsstrukturen der indigenen Völker selbst, damit die von COVID-19 betroffenen Gemeinden rechtzeitig medizinische Hilfe erhalten und die Grundbedürfnisse der Gemeinschaften befriedigt werden können.
6. In Abstimmung mit den Organisationen der indigenen Völker und den jeweiligen Behörden der einzelnen Länder sollte eine agile und effektive Koordination stattfinden, um die Gemeinschaften frei von Infektionen zu halten und grundlegende Fragen wie Ernährung und umfassende Gesundheit zu gewährleisten.
7. Der Zugang zu Nahrungsmitteln wird dadurch gewährleistet, dass die Subsistenzwirtschaft der Erzeugergemeinschaften geschützt und sichergestellt wird, dass die Gemeinschaften Zugang zu ihren eigenen Nahrungsquellen haben, die durch Fischfang, Jagd und Sammelpraktiken versorgt werden. Es ist sicherzustellen, dass sie nicht durch Dritte kontaminiert oder beeinträchtigt werden, einschließlich Unternehmen oder solche, die „legale“ und illegale Bergbau-, Erdöl-, Wasserkraft- und Abholzungsaktivitäten betreiben.
8. Eine integrale Gesundheit wird für indigene Völker und Nationalitäten gewährleistet, indem kulturell angepasste primäre Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung, dass das Virus die Gemeinden erreicht, sekundäre Präventionsmaßnahmen zur Früherkennung von Fällen und tertiäre Präventionsmaßnahmen zur Reduzierung der Mortalität, ergriffen werden.
9. Indigene Völker, die in ihren Gemeinden leben, erhalten angemessene Unterstützung für ihren individuellen Schutz, Medikamente, Körperpflegeprodukte etc.
10. COICA fordert, dass die Regierungen ihre Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz der Gebiete, in die Arbeiter aus Erdöl- und Bergbau-Industrie eingedrungen sind, intensivieren, da Unternehmen und Gebiete identifiziert wurden, in denen die Notfallmaßnahmen nicht eingehalten wurden und die Fördertätigkeiten voranschreiten, wodurch die in diesen Gebieten angesiedelten Völker und Gemeinden einem hohen Risiko ausgesetzt sind.
11. Es ist notwendig, dass die Regierungen den Rechten auf ein Leben in Würde, Gesundheit, körperlicher Unversehrtheit, Zustimmung und Selbstbestimmung der indigenen Völker Vorrang vor extraktiven Tätigkeiten in ihren Territorien einräumen. Ressourcen zur Bewältigung des globalen Gesundheitsnotstands sollen im Hinblick auf die Bezahlung der jeweiligen Auslandsschulden der einzelnen Länder kanalisiert werden.

12. Wachsamkeit gegenüber Aktionen und Notlagen in indigenen Gebieten nach der Pandemie, da die Gefahr besteht, dass der Druck und die Bedrohungen zunehmen, den Abbau von natürlichen Ressourcen angesichts der Schulden, die Regierungen bei multinationalen Organisationen aufgenommen haben, zu intensivieren.
13. COICA lädt dazu ein, Solidaritätsnetzwerke aufzubauen, die es ermöglicht, dieser Krise sowohl auf dem Land als auch in den Städten zu begegnen.
14. Anerkennung der heldenhaften Arbeit von Gesundheitsarbeiter*innen, Wissenschaftler*innen, Landwirt*innen und all jenen, die jeden Tag darum kämpfen, Leben zu retten, Nahrung zu liefern und Lösungen zu finden, damit die Welt aus dieser schrecklichen Krise herauskommt.

Quelle: Klimabündnis/Infoe

Kontakte

Silke Lunnebach/ Klima-Bündnis

+49 69 7171 39 -32 | s.lunnebach@klimabuendnis.org

Elke Falley-Rothkopf

INFOE

T. +49 221 73928-71 | elke@infoe.de

8. Spendenaufrufe

Viele Menschen in Peru leben während der Covid19-Krise am Existenzminimum, wissen oft nicht, womit sie Essen kaufen sollen. Stellvertretend für all die Bedürftigen bitten wir Sie um Ihre Spende für vier Projekte im Regenwald, in Cajamarca und in Ayacucho. Die deutschen Organisationen, die zu Spenden aufrufen, sind Mitglieder und Verbündete der Infostelle Peru.

1. Indigene Völker des Amazonasgebietes schützen

Gemeinsamer Spendenaufruf des Klima-Bündnis und INFOE

Das Klima-Bündnis möchte gemeinsam mit dem Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (INFOE) seine indigenen Partner in Amazonien unterstützen und in deren Namen zu Spenden aufrufen.

Die Spenden sollen mitunter folgende Maßnahmen vor Ort ermöglichen:

- Erstellung von Unterlagen bzw. Radioprogrammen mit Informationen zur Krise und dem Virus in verschiedenen indigenen Sprachen
- Beschaffung von Masken und anderen Schutz- und Hygieneartikeln, wie bspw. Desinfektionsmittel oder Seife
- Transport von überlebensnotwendigen Materialien, wie Nahrungsmittel oder Schutz- und Hygieneartikel, in die Gemeinden
- Finanzieller Ausgleich für verlorene Einkommensmöglichkeiten

Wenn Sie der COICA und weiteren indigenen Organisationen helfen möchten, überweisen Sie gerne Ihre Spende auf folgendes Konto:

Spendenkonto:

Klima-Bündnis

IBAN: DE 73 4306 0967 8038 4090 01

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

Verwendungszweck: Notstand Amazonien

Auf Wunsch stellen wir Ihnen eine Spendenquittung aus.

Für weitere Fragen und Informationen kontaktieren Sie gerne Silke Lunnebach unter s.lunnebach@klimabuendnis.org.

INFOE unterstützt seit 1987 indigene Organisationen bei der Verteidigung ihrer Umwelt, ihrer Rechte und ihrer Kultur. INFOE richtet sich bei seinen Aktivitäten nach den Anforderungen und Bedürfnissen der indigenen Partner. Schwerpunkte sind z.Zt. Wald- und Klimaschutz und der Schutz indigener Territorien, indigene Rechte und SDG, UN-Guiding Principles on Business and Human Rights, Staudammgroßprojekte. infoe.de

Das Klima-Bündnis

Seit 30 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit mehr als 1.700 Mitgliedern aus 27

europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. klimabuendnis.org



Foto: Heeder Soto Frauen von ANFASEP beim 30. Jahrestag

2. Bevölkerung im zentralen Regenwald vor Corona schützen!

Spendenaufruf des AK München Ashaninka

Die peruanische Regierung hat wegen des neuen Coronavirus über das gesamte Land den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre verhängt. Das betrifft auch Amazonien, das Regenwaldgebiet, das die meiste Fläche des Landes ausmacht. Das größte dort lebende Volk sind mit rund 90.000 Personen die Asháninka. Sie leben unter anderem in der Provinz Satipo. Von dort kam ein Hilferuf mehrerer Asháninkaorganisationen.

Sie haben per Funk und Internet die Bevölkerung der Provinz über den neuen Virus informiert. Zum jetzigen Zeitpunkt sind dort keine Erkrankungen bekannt. Die Organisationen wollen erreichen, dass die Regenwaldbevölkerung geschützt wird. Sie haben höchste Alarmstufe

ausgerufen und verhindern vorübergehend, dass Fremde von außen in die Dorfgemeinschaften gelangen. Denn das wäre für die Asháninka fatal:

Erstens wegen der größeren Anfälligkeit der Indigenen gegen Viruserkrankungen, zweitens sind die Gesundheitsposten nicht im mindesten für den Ausbruch der Seuche gerüstet oder ausgestattet, und drittens ist das einzige Krankenhaus der Provinz chronisch überfüllt und weist deshalb Menschen auch ab.

FECONACA (ein Verbund von Dörfern), die kleine Initiative Imperita und engagierte Einzelpersonen (Uni-Prof. etc.) planen, eine Lebensmittelbrücke zu den Regenwaldsiedlungen herzustellen, damit Ansteckungen vermieden werden können, ohne die Existenzgrundlage der Menschen dort zu gefährden.

In der Provinz bringen die Menschen aus den Ortschaften normalerweise ihre Erzeugnisse wie Kakao in die Städte zum Verkauf. Den Erlös daraus verwenden sie, um ihrerseits Nahrungsmittel zuzukaufen: Reis, Salz, Nudeln.

Um diesen Handel vorübergehend zu konzentrieren und einen Lieferdienst (in beide Richtungen) zu organisieren, bitten die Organisationen um kurzfristige und überbrückende Übernahme von Lebensmittelkosten. Damit soll verhindert werden, dass die Familien in die Städte gehen müssen – was sie jetzt auch gar nicht dürfen – und sich dort anstecken.

Der Arbeitskreis München – Asháninka wurde gebeten, wieder als Partner zu fungieren und eine Überbrückungshilfe in Form von einmaligen Finanzmitteln zu organisieren. Der Arbeitskreis München – Asháninka ruft deshalb hiermit zu einer Spende auf, um mitzuhelfen, durch die Handelsbrücke die Ansteckungsgefahr für die Asháninka zu minimieren.

Der gemeinnützige Verein Nord Süd Forum München e.V. hat sich bereit erklärt, die Spenden entgegenzunehmen, zu verwalten, zu 100 % an die Organisationen in Peru weiterzureichen und über die Verwendung der Gelder zu informieren.

Kontonummer: Nord Süd Forum München e.V.

Bank für Sozialwirtschaft, München (BfS)

IBAN DE 29 7002 0500 0008 833100

BFSWDE33MUE

Bitte Stichwort angeben: Spende Ashaninka Corona Regenwald

2. Spenden für die Bürgerkriegsopfer in Ayacucho

Zusammen mit ANFASEP in den Zeiten von Coronavirus

Die Mitglieder von ANFASEP (Organisation von Familienangehörigen von Gefangenen, Entführten und Verschwundenen in Peru) sind hauptsächlich Mütter und Frauen von Verschwundenen und Getöteten des bewaffneten internen Konfliktes von Peru (1980 – 2000). Sie haben lange Zeit (fast 40 Jahre) in Konditionen der extremen Armut ihre Familienangehörigen gesucht und haben informell gearbeitet, um überleben zu können. Jetzt in Zeiten von Coronavirus und in Quarantäne, dürfen sie nicht mehr arbeiten und leiden noch mehr Not.

Die Jugendlichen von ANFASEP (die Dank der Organisation der Mütter und Frauen während des Bürgerkrieges Essen bekommen haben) sind heute Erwachsene. Sie setzen sich für die Unterstützung der Frauen ein, die alle ein Alter zwischen 60 und 80 Jahren haben. Bisher haben sie von ihrem eigenen Geld und mit Unterstützung von Freunden in Ayacucho Geld gesammelt und auch schon die Frauen mit Lebensmitteln versorgt, aber für die ca. 150 Mitglieder ist das noch nicht genug. Deshalb bitten wir alle unsere Freund*innen in Deutschland, Geld auf unten stehendes Konto zu überweisen.

Jede Spende ist willkommen

Bankkonto in Deutschland:

Informationsstelle Peru

DE74 4306 0967 8216 7591 00

GLS Gemeinschaftsbank

Verwendungszweck ANFASEP (es können keine Spendenquittungen ausgestellt werden)

Für weitere Informationen bitte Heeder Soto und Kerstin Kastenholz kontaktieren:

Whatsappkontakt in Peru (Heeder): +51 986217952

Whatsappkontakt in Deutschland (Kerstin) : 0177 8638161

Spendenaufwurf in spanisch mit peruanischer Kontonummer:

<https://m.facebook.com/photo.php?fbid=2636952429765071&id=100003510208909&set=a.1910890385704616&source=48>

3. Spendenaufruf von MANTHOC Cajamarca

Arbeitende Kinder und ihre Familien unterstützen

Der Förderverein MANTHOC Cajamarca hat einen Spendenaufruf gestartet, um bedürftige Familien in Cajamarca in Zusammenarbeit mit lokalen Lebensmittelhändlern mit Lebensmittelpaketen zu unterstützen.

Nähere Informationen: <http://www.foerderverein-manthoc-cajamarca.de/index.php?id=2>

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.